



Suchergebnisse: Stadtmagistrat

1609 – Herzog Maximilian I. will eine Verbesserung der Stadtbefestigung

München * Herzog Maximilian I. will eine Verbesserung der mittelalterlichen Stadtbefestigung, da diese den Anforderungen der neuen Kriegstechnik nicht mehr entspricht. Der Stadtmagistrat lehnt den Vorschlag aus Kostengründen ab.

8. August 1615 – Der Magistrat gibt seine Zustimmung zum Ausbau der Festungsanlagen

München * Das ständige Drängen Herzog Maximilians I. zeigt Erfolg. Der Magistrat der Stadt gibt seine Zustimmung zum Ausbau der Festungsanlagen.

25. Dezember 1705 – Gegen 11 Uhr ist alles vorbei

München * Gegen 11 Uhr ist alles vorbei. Es werden noch 36 Gefangene gemacht sowie sechs Kanonen, drei Munitionswagen, fünf Fahnen, zwei Dragoner-Standarten und ein paar Pauken sowie 150 Pferde eingesammelt. Auf kaiserlicher Seite zählt man 40 Gefallene und Verletzte. Die Aufständischen aus dem Oberland müssen demgegenüber eine Vielzahl von Toten beklagen. Alleine in München werden 1.066 Oberländer beerdigt. Insgesamt sind es etwa 1.100 Tote aus Oberbayern. 609 Aufständische werden verwundet, nur 107 werden unverletzt in Gefangenschaft gekommen. Die Münchner Einwohnerschaft hat während der gesamten Kämpfe brav den Anordnungen der Kaiserlichen Administration Folge geleistet und sich ruhig verhalten. Der Stadtmagistrat übermittelt noch in der Nacht die „allerunderthenigste treue devotion“ der Bürgerschaft an die kaiserliche Obrigkeit. Die ermordeten Aufständischen vor den Stadttoren bezeichnet er verächtlich als „pours rotti“.

5. April 1774 – Kurfürst Max III. Joseph will die Friedhofsfrage neu regeln

München-Isarvorstadt * Kurfürst Max III. Joseph fordert den Stadtmagistrat auf, einen Standort für einen neuen Friedhof zu finden oder die Erweiterung des bestehenden Friedhofs vor dem Sendlinger Tor, des heutigen Alten südlichen Friedhofs, zu überdenken. Die bestehenden Friedhöfe innerhalb der Stadtmauer sollen aufgelassen, gekalkt und gepflastert werden. Auch die Gräfte in den Kirchen, diese „stinkenden, vergifteten Vorratskeller ansteckender Luft“, sollen



aufgelassen werden. Sofort organisiert sich Widerstand gegen diese kurfürstlichen Maßnahmen, wobei das einfache, ärmere Volk davon weniger betroffen ist, weil sie schon seit längerer Zeit ihre Toten vor das Sendlinger Tor begleiten müssen.

27. November 1794 – 63 Schlossergesellen legen die Arbeit nieder

München * 63 Schlossergesellen legen aus Protest gegen die Kündigung und Lohnverweigerung der zwei Schlossergesellen die Arbeit nieder. Der Stadtmagistrat lässt daraufhin zwei Rädelsführer und zwei Altgesellen einsperren. Neun Gesellen verweigern die Arbeitsaufnahme weiterhin. Sie werden zum Militärdienst verurteilt.

9. Dezember 1795 – Appell an die Großmut und Gnade des Kurfürsten

München * Der Stadtmagistrat appelliert an die Großmut und Gnade des Kurfürsten und bittet um Freilassung der vier als Haupträdelsführer verhafteten Handwerker.

29. Juli 1801 – Einbürgerungsbefehl an den Stadtmagistrat

München - Mannheim * Verärgert und sehr deutlich im Ton schreibt Kurfürst Max IV. Joseph nach der Ablehnung des Münchner Bürgerrechts an den Pfälzer Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim dem Stadtrat: „Nach reifer Überlegung und mit der Gewißheit, daß das Recht auf meiner Seite ist, befehle ich hiermit dem meinen Stadtmagistrat, spätestens morgen Abends 6 Uhr, dem Handelsmann Michel von Mannheim, das Bürgerrecht zu ertheilen, widrigenfalls ich mich genöthigt sehen würde, die strengsten Mittel zu ergreifen. Für den geringsten Exceß haftet jedes Magistratsglied persönlich“.

1816 – Debatte über den Bauplatz der Münchner Synagoge

München * Bei der Suche nach einem geeigneten Bauplatz für die Synagoge bevorzugen die Behörden zunächst einen Neubau außerhalb des Stadtzentrums. Ihr Vorschlag, die Synagoge „nahe dem Theater am Isartor“ zu errichten, stößt bei der Kultusgemeinde jedoch auf wenig Zustimmung. Das Grundstück wird nicht nur wegen seiner abgelegenen Lage abgelehnt; auch die unmittelbare Nähe zum Theater sowie zu mehreren Schlachthöfen erscheint der Gemeinde für eine religiöse Einrichtung als unangemessen und unwürdig. Stattdessen bringt die Gemeinde



ein brachliegendes Grundstück ins Gespräch, das sich im Besitz der Stadt befindet und hinter dem Polizeigebäude an der Lederergasse liegt. Der Stadtmagistrat wird daraufhin um die Überlassung dieses Grundstücks gebeten.

März 1824 – Pläne für eine Synagoge in der Lederergasse

München * Die Gruppe der Israelitischen Kultusgemeinde, die für den Bau der Synagoge in der Lederergasse eintritt, macht nochmal einen Vorstoß für den von ihr gewünschten Bauplatz. Während der Stadtmagistrat dem Vorschlag positiv gegenüber steht, lehnt das Gremium der Gemeindebevollmächtigten das Ansinnen ab und verweist auf die Erweiterung des Viktualienmarkts und städtischen Neubauten.

1836 – Schwanthalers Gipsfiguren sollen im Alten Rathaus aufgestellt werden

München-Graggenau * Der Stadtmagistrat bietet Ludwig von Schwanthaler die Aufstellung von acht vergoldeten Gipsfiguren der Wittelsbacher-Ahnen im Festsaal des Alten Rathauses an, damit dieser eine patriotische Ausschmückung erhält. Bedingung ist die Renovierung des nicht mehr repräsentativen Zwecken genutzten und dementsprechend ramponierten Rathaussaales.

20. Oktober 1854 – Der Schrammplatz wird in Marienplatz umbenannt

München-Graggenau * Der Stadtmagistrat teilt der Öffentlichkeit mit, dass „der bisherige Schrammplatz dahier fernerhin 'Marienplatz' genannt werden dürfe“.

30. Januar 1866 – Mittlersuchen für einen Synagogen-Neubau

München * Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde bittet den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Neubau einer größeren Synagoge. Doch erst muss ein geeigneter Bauplatz gefunden werden, wobei sich diese Suche als ebenso schwierig gestaltet wie die weitere Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge.

30. Januar 1866 – Finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge



München * Weil das anno 1826 fertiggestellte jüdische Gotteshaus an der Westenriederstraße - mit seinen 160 Männer- und 160 Frauen- Betplätzen - bald aus allen Nähten zu platzen droht, bittet der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge.

1. August 1874 – Der Ratskeller wird der Öffentlichkeit übergeben

München-Graggenau * Der im Neubau des Münchner Rathauses eingebaute Ratskeller wird der Öffentlichkeit übergeben. Die Weinkarte umfasst 231 Weine aus aller Welt. Die Stadtgemeinde wird zum größten Weinwirt Münchens. Der Pächter wird verpflichtet, bis zu 6 Sorten Regiewein zu einem vom Stadtmagistrat festgelegten Preis abzugeben.

7. September 1874 – Der Münchner Stadtmagistrat tagt erstmals im Neuen Rathaus

München-Graggenau * Erstmals tagt der Münchner Stadtmagistrat in einem provisorisch ausgestatteten Saal im 3. Stock des Neuen Rathauses.

1880 – Es kommt zum Konflikt mit Edouard Otlet

München * Die „Société Anonyme des Tramways de Munich“ stellt einen deutschen Geschäftsführer ein. Doch die weitere Handlungsweise des Stadtmagistrats ist maßgeblich gesteuert von seiner Verärgerung über Otlets Geschäftsgebaren, aber auch von dem im gesamten Deutschen Reich aufkeimenden Nationalismus und der ständig wachsenden Erbfeindschafts-Hysterie gegenüber Frankreich. Hinzu kommt aber auch, dass die Münchner Stadträte nicht nur den Erfolg des Unternehmens erkannt haben, sondern darüber hinaus auch die sozialpolitische und stadtplanerische Bedeutung der Straßenbahn. Es kommt zum Konflikt mit Edouard Otlet mit der Folge, dass der Magistrat der belgisch-französischen Gesellschaft die Konzession versagt.

September 1898 – Georg Lang erhält die Genehmigung für ein Großzelt

München-Ludwigsvorstadt * Der Münchner Stadtmagistrat genehmigt dem aus Nürnberg stammenden „Krokodilwirt“ Georg Lang bei nur einer Gegenstimme die Errichtung eines Großzelts auf der Theresienwiese. Dabei erfüllt Lang mehrere der geltenden



Zulassungsbedingungen nicht: Er stammt nicht aus München, bewirtschaftet den Ausschank nicht selbst und benötigt für seine Halle die Fläche von fünf herkömmlichen Wirtsbuden. Die fünf Standplätze lässt er von zugelassenen Münchner Wirten ersteigern, die als Strohmänner für ihn auftreten. Noch 1881 weist der Magistrat einen vergleichbaren Antrag des Festwirts Michael Schottenhamel zurück. Mit der nun erteilten Genehmigung schafft die Stadt eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung der großen Bierhallen auf dem Oktoberfest.

1901 – Wachsende Unterstützung für das Ludwig II.-Denkmal

München-Au - München-Isarvorstadt * Der „Verein zur Erbauung eines Monuments für König Ludwig II. von Bayern“ steigert seine Mitgliederzahl innerhalb eines Jahres von 3.000 auf 7.000. Da das Vorhaben als bayerisches Landesdenkmal präsentiert wird, gehen Spenden aus allen Bevölkerungsschichten sowie von Vereinen, Städten und Gemeinden ein. Die benötigten 185.000 Mark kommen jedoch langsamer zusammen als erhofft. 1901 übernimmt deshalb Gustav Freiherr von und zu der Tann den Vorsitz und verleiht dem Verein ein stärker aristokratisches Profil. Auch Mitglieder des Hauses Wittelsbach treten nun bei und unterstützen das Projekt - auch durch Spenden. Als Standort wählen Verein und Stadtmagistrat die Corneliusbrücke, die als einzige Münchner Isarbrücke noch keinen figürlichen Schmuck besitzt.

September 1903 – Das Hippodrom sorgt für unendlichen Gesprächsstoff

München-Theresienwiese * Die Reitversuche der Damen und Herren im Hippodrom sorgen für unendlichen Gesprächsstoff. Einem anderen Antrag auf Zulassung eines Hippodroms eines anderen Schaustellers lehnt der Stadtmagistrat mit folgender Begründung ab: „Aus Sittlichkeitsgründen kann das Unternehmen keine Konkurrenz vertragen, das männliche Publikum geht sicher auch nur hinein, weil es vermutet, Pikantes erleben zu können“.

April 1904 – Eine Studienreise für den Betrieb eines Ratskellers

München * Eine Kommission des Stadtmagistrats geht auf Studienreise nach Stuttgart, Deidesheim, Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Köln, Bremen, Hamburg, Berlin, Leipzig, Dresden, Wien, Großinzersdorf und Salzburg begeben, „um Einrichtung und den Betrieb der Ratskeller einer Anzahl größerer Städte kennen zu lernen“. Ergebnis dieser Studienreise war der Beschluss der Gemeindekollegien, dass im Ratskeller nur noch „Pfalzweine, Rheinweine, Mosel- und Saarweine, Frankenweine, badische Weine, österreichische und ungarische Weine sowie



Bordeaux-, Burgunder- und Schaumweine“ angeboten und verkauft werden durften, welche von einer vom Magistrat eingesetzten Kommission „nach vorgenommener Kostprobe angekauft und in der städtischen Weinkellerei eingelagert und behandelt worden sind“. Für die Auswahl der „ruhigen“ Weine war „vor allem maßgebend, dass die Weine naturecht, das heißt aus dem vergorenen Saft der Weintraube sind und keinerlei Zusatz an Zucker oder Zuckerwasser enthalten“.

7. November 1918 – Die meisten Belegschaften erhalten für die Kundgebung frei

München * Für die Dauer der Massendemonstration hat der Stadtmagistrat die Schließung der städtischen Büros verfügt und den Arbeiterinnen und Arbeitern den Nachmittag unter Fortzahlung des Lohnes arbeitsfrei gegeben. Die meisten gewerblichen Betriebe und Geschäfte sind bereits ab Mittag geschlossen.

12. November 1918 – Einführung des Acht-Stunden-Tages in den städtischen Betrieben

München * Der Stadtmagistrat beschließt die Einführung des Acht-Stunden-Tages in allen städtischen Betrieben.

3. Februar 1919 – Die wöchentliche Fleischration wird auf 300 Gramm erhöht

München * Die wöchentliche Fleischration wird bayernweit auf 300 Gramm erhöht. Eine Anweisung des Innenministeriums ermöglicht dem Stadtmagistrat gegen „eigenmächtige Bierpreiserhöhungen mit aller Entschiedenheit“ vorzugehen.
